



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW

Die EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Ziele der EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein umzusetzen und dabei insbesondere folgende Punkte in den Mittelpunkt zu stellen:
 - Das Ziel, die Ostseeregion umweltverträglich zu gestalten, soll insbesondere durch den Fünf-Punkte-Aktionsplan im Rahmen des Projektes „Saubere Ostseeschifffahrt“ (Clean Baltic Shipping) umgesetzt werden.
 - Das Ziel, den grenzüberschreitenden Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu fördern, soll durch eine Initiative zur gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen und Berufsabschlüssen sowie durch gemeinsame Ausbildungsinitiativen vertieft werden. Zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zur Sicherung sozialer Standards sind gemeinsame Vereinbarungen z.B. über Mindestlöhne und Mindeststeuersätze notwendig.
 - Das Ziel, die Ostseeregion zugänglich zu machen und attraktiv zu gestalten, soll durch eine verstärkte Kooperation im Tourismusbereich und die Förderung des Austausches von Schülerinnen und Schülern und Studierenden unterstützt werden.
 - Das Land Schleswig-Holstein soll eine führende Rolle auf dem Gebiet der operativen Sicherheit auf See übernehmen und Projekte zur Entwicklung der maritimen Wirtschaft anstoßen und durchführen.
 - Zwischen den Ländern in der Ostseeregion muss es einen abgestimmten Handel mit Energie geben, um mehr Energieunabhängigkeit zu erreichen.

- Die Ostseestrategie muss um eine soziale und kulturelle Dimension erweitert werden. Dazu soll u.a. die schleswig-holsteinische Initiative eines Ostseegeschichtsbuches umgesetzt werden, um so eine gemeinsame Ostsee-Identität zu befördern. Der Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren ist zu fördern.
- Bildung und Forschung sind zentrale Faktoren für ein zukünftiges Wirtschaftswachstum in der Region. Im Rahmen der Ostseestrategie sind diese Bereiche zu stärken. Dazu sollten Wissenspartnerschaften gegründet und Innovation gefördert werden.
- Russland muss als gleichberechtigter Partner in die Umsetzung der Ostseestrategie einbezogen werden.

Zur Umsetzung der Ziele der Strategie muss die Landesregierung die bestehenden Förderprogramme auf die Ziele der Strategie ausrichten und ggf. auf Bundes- und EU-Ebene Gespräche über finanzielle Möglichkeiten zur Umsetzung der Strategie führen.

Ziel der Landesregierung muss sein, Verantwortung für die Umsetzung einzelner für Schleswig-Holstein wichtiger Projekte aus dem Aktionsplan der Strategie zu übernehmen.

2. mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gemeinsame Strategien zur Umsetzung der Ziele in den Bereichen Bildung und Tourismus zu entwickeln sowie die Schwerpunkte „Förderung des Unternehmertums“ und „Biodiversität“ des Bundes mit Teilzielen des Landes sinnvoll zu verknüpfen.
3. folgende konkrete Schritte zu unternehmen:
 - a. eine führende Rolle auf dem Gebiet der operativen Sicherheit auf See zu übernehmen und sich dazu aktiv in den Prozess der Umsetzung der Ostseestrategie einzubringen. Sie sollte dazu die Verantwortung für mindestens eines der Flaggschiffe im Bereich der Priorität 13 (Maritime Sicherheit) übernehmen, für die bisher noch keine verantwortliche Region festgelegt wurde. Dabei handelt es sich um die folgenden Projekte:
 - Machbarkeitsstudie für ein Patrouillennetzwerk im Bereich der Ostseeküste (Conduct a technical feasibility study on a Baltic Sea Coastal Patrol Network)
 - Pilotregion für die Integration maritimer Überwachungssysteme (Become a pilot region for the integration of maritime surveillance systems)
 - Plan zur Reduzierung der Unfälle im Bereich Fischerei (Develop a plan to reduce the number of accidents in fisheries). Dazu gehören die Folgen von Munitionsaltlasten.
 - b. zeitnah bei der Kommission vorstellig zu werden, damit das Engagement des Landes für den Ostseeraum auch durch konkrete Projektverantwortlichkeit im Rahmen des Aktionsplans sichtbar wird.
 - c. sich mit der Entwicklung von neuen Projekten („Flaggschiffen“) in den Bereichen Erneuerbare Energien/Energieeffizienz in die 2011 anstehende Evaluierung der Ostseestrategie einzubringen. Sie muss so diesen weiteren wichtigen Schwerpunkt für eine erfolgreiche Entwicklung der Makroregion Ostsee setzen.

Begründung:

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung am 29. und 30. Oktober 2009 der EU-Ostseestrategie zugestimmt, die von der Europäischen Kommission am 10. Juni 2009 vorgelegt wurde. Darin schlägt sie Maßnahmen in den Bereichen Umweltschutz, Wirtschaftsentwicklung, Verkehr und Tourismus sowie Sicherheit in der Ostseeregion vor.

Die Landesregierung hat sich bisher jedoch ungenügend in die Entwicklung konkreter Projekte zur Umsetzung der Ostseestrategie eingebracht. Insbesondere hat das Land für keines der mehr als 80 Projekte („Flaggschiffe“) des begleitenden Aktionsplans (Action Plan – Working document accompanying the Communication concerning the European Union Strategy for the Baltic Sea Region – SEC(2009) 712) die Verantwortung übernommen. Hierdurch gehen dem Land wichtige Entwicklungschancen verloren. Den überwiegenden Teil dieser Projekte haben zwischenzeitlich bereits Mitgliedsstaaten oder Regionen übernommen.

Die Themen Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sind im Aktionsplan zur Ostseestrategie völlig unterrepräsentiert. Sie sind durch lediglich zwei von 82 Projekten vertreten, und zwar Offshore Windkraft sowie die Zusammenarbeit EU-Russland im Bereich Energieeffizienz. Schleswig-Holstein hat in diesem Zukunftsthema hohes Potential und Wirtschaftskraft.

Anette Langner
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Anke Spoorendonk
und Fraktion